

Wann kippen in Rheinland-Pfalz die Ausbaubeiträge für Straßen?

Hohe Kosten können Anlieger in existenzielle Nöte stürzen, sagen Kritiker. Das Land lehnt ab, das System abzuschaffen. Doch die Gegner machen Dampf.

TV 9/10.3.19

VON FLORIAN SCHLECHT

TRIER/MAINZ Der rheinland-pfälzische Steuerzahlerbund rechnet damit, dass schon bald die kommunalen Straßenausbaubeiträge kippen, die Anlieger mit Zehntausenden Euro belasten können. „Wir gehen davon aus, dass die Beiträge noch vor der Landtagswahl 2021 fallen werden“, sagt Geschäftsführer René Quante. Er sehe „keine wahrscheinliche Koalitionsvariante, die ohne eine Abschaffung zustande käme“.

Unter den Landesparteien sprechen sich inzwischen CDU, FDP, AfD und die Linke dafür aus, Anlieger zu entlasten und Beiträge aus der Landeskasse zu zahlen. Einziger Bremsklotz sei die SPD, moniert Quante, der die Beiträge „ungerecht und unsozial nennt“. In Bundesländern, in denen Wahlen anstehen, habe sich aber gezeigt, dass Straßenausbaubeiträge „wie Dominosteine

kippen“. Bayern schaffte sie im vergangenen Jahr ab, im Februar erst erklärte die rot-rot-regierte Regierung in Brandenburg, die Ausbaubeiträge noch vor der Landtagswahl im September kippen zu wollen.

In Rheinland-Pfalz wächst dagegen aus den Kommunen der Druck auf die Landesregierung. Trier und Koblenz haben Resolutionen an das Land verabschiedet, die Beiträge zu kippen. Jüngst zogen Saarburg und Reinsfeld nach, Konz könnte folgen. In Trier hat sich eine Bürgerinitiative gegen die Straßenausbaubeiträge gegründet, die nach eigenen Angaben zur landesweiten Bewegung wachsen will. Der Zewener Udo Fischer rechnet mit bis zu 20 000 Euro, die jeden betroffenen Anlieger im Ort ein geplanter Straßenausbau kosten könnte. „Da fühlt sich mancher Rentner, der etwas Geld für die Altersvorsorge gespart hat, erschlagen“, kritisiert er.

Die CDU schlägt vor, jährlich 75 Millionen Euro im Landeshaushalt einzustellen, um die Beiträge zu bezahlen. Einen Gesetzesentwurf will die Fraktion im Mainzer Landtag noch in diesem Monat einbringen, kündigt der Abgeordnete Gordon Schnieder an. Der Vulkaneifeler sagt: „Viele Straßen kommen jetzt in die Sanierung, was richtig ins Geld geht. Da in anderen Ländern die Beiträge bröseln und kippen, wäre es sozial gerecht, sie auch in Rheinland-Pfalz abzuschaffen.“

Innenminister Roger Lewentz (SPD) hatte die Ausbaubeiträge zuletzt als gerecht bezeichnet. Sie belasteten diejenigen, „die einen direkten Vorteil durch die Wertsteigerung ihres Grundstücks haben“, sagte er.

Der rheinland-pfälzische Städte- und Gemeindebund warnt davor, „ein bewährtes System über Bord zu werfen“. Geschäftsführer Karl-

Heinz Frieden spricht von einem „dreistelligen Millionenbetrag“, den das Land wahrscheinlich stemmen müsste, um das 20 000 Kilometer lange kommunale Straßennetz zu unterhalten. Ihm fehle das Vertrauen in ein solches Modell. „Ich fürchte, das Land könnte die Kommunen dann am Bändel durch die Manege ziehen“, sagt der Mann aus Nitel (Kreis Trier-Saarburg).

Zugleich sorgt die Debatte über das mögliche Aus der Beiträge für verunsicherte Bürger und Kommunen. Landesweit melden sich Bürgermeister zu Wort, die erwägen, den Ausbau von kommunalen Straßen zunächst auf Eis zu legen, bis sie Gewissheit über die Zukunft der Beiträge haben. Bürger seien verunsichert. Karl-Heinz Frieden bestätigt, „dass in einigen Fällen Maßnahmen zurückgestellt werden“.

Themen des Tages Seite 3
Lokales